



SONDERAUSGABE

Sehr geehrte Damen
und Herren,
liebe Freunde,
liebe Genossinnen
und Genossen,



heute stimmt der Deutsche Bundestag über die Fortführung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) ab. Erstmals erfolgt mit dem Mandat ein Rückzug aus Afghanistan und eine Reduzierung der Zahl der dort eingesetzten deutschen Soldaten. Mit dieser neuen Richtung ist für mich, anders als in den vergangenen zwei Jahren, die wesentliche Grundlage geschaffen, dem Mandat heute zuzustimmen. Im Einzelnen will ich drei Gründe hervorheben:

Echte Truppenreduzierung

Im letzten Afghanistanmandat war noch eine Aufstockung der Truppen um 500 Soldatinnen und Soldaten sowie eine „flexible Reserve“ von 350 Soldatinnen und Soldaten enthalten. Damit durften bislang 5350 Soldatinnen und Soldaten stationiert werden. Wie ich vor einem Jahr befürchtet hatte, wurde die Obergrenze dieses auslaufenden Mandats regelmäßig ausgeschöpft.

Mit dem neuen Mandat wird die Truppenstärke auf 4900 Soldatinnen und Soldaten begrenzt. Damit kommt es zu einem Ab-

zug von 450 Soldatinnen und Soldaten. Ziel ist es, die Truppenstärke beim Auslaufen dieses Mandats Ende 2012 auf 4400 Soldatinnen und Soldaten zu verringern. So werden insgesamt bis zu 950 Soldatinnen und Soldaten abgezogen.

Es war die SPD, die sich bereits im Vorfeld der letzten Mandatsverlängerung klar und deutlich für die Festschreibung der Reduzierung des deutschen Bundeswehrekontingents ausgesprochen hatte. Die Bundesregierung war aber 2010 und 2011 noch nicht bereit gewesen, diesen Schritt wirklich mitzugehen. Jetzt finden sich die Zahlen schwarz auf weiß im Mandatsbeschluss.

Klare Abzugsperspektive

Erstmals nennt der Antrag der Bundesregierung mit Ende des Jahres 2014 ein konkretes Datum, an dem die Afghanische Armee und die Afghanische Polizei spätestens die vollständige Sicherheitsverantwortung für ihr Land übernehmen sollen. Bis dahin wird die "Transition" in allen Provinzen Afghanistans vollzogen sein. Sie bezeichnet den Prozess der Übergabe der Sicherheitsverantwortung von internationalen an afghanische Kräfte im Vorfeld des Abzugs ausländischer Truppen. In einigen Gebieten wurde die Transition bereits im letzten Jahr in die Wege geleitet - nach Angaben der Bundesregierung mit Erfolg.

Es besteht damit eine realistische Chance, den seit zehn Jahren andauernden Einsatz der Bundeswehr auf verantwort-

Impressum

ViSdP:
Dr. Carsten Sieling, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ 030 . 227 - 71596

✉ carsten.sieling.ma01
@bundestag.de



Dr. Carsten Sieling, MdB

Meine Aufgaben

Mitglied im
Finanzausschuss
Mitglied im **Gremium Sonderfonds Finanzstabilisierung (SoFFin)** • Mitglied im **Unterausschuss Kommunales** • Stellvertretendes Mitglied im **Haushaltsausschuss** • Stellv. Vorsitzender der **Arbeitsgruppe Kommunalpolitik** der SPD-Bundestagsfraktion • Stellv. Vorsitzender der **Landesgruppen Niedersachsen/Bremen** • Stellv. Sprecher der **Parlamentarischen Linken**

Bei Fragen oder Anliegen sprechen Sie mich gerne an!

Kontaktdaten

Mein Büro in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ 030 . 227 - 71595
☎ 030 . 227 - 76212
✉ carsten.sieling@bundestag.de

Mitarbeiter:
Johannes Tiefensee
Katja Tempke
Kiron Kreuter
Max Podstawski

Mein Büro in Bremen:

Obernstr. 39-43
28195 Bremen
☎ 0421 . 35 018 25
☎ 0421 . 35 72 83
✉ carsten.sieling@wk.bundestag.de

Mitarbeiter:
Gisela Waltemathe
Knut Köstergarten
Sercan Alkaya

tungsvolle Weise und in Abstimmung mit den internationalen Partnern in absehbarer Zeit zu beenden. Voraussetzung ist aber, dass bei diesem Strategiewechsel Kurs gehalten wird. Dafür setzt sich die SPD ein und ich werde auch persönlich die weitere Entwicklung genau beobachten.

Wiederaufbau im Mittelpunkt

Der Auftrag der Bundeswehr ist eindeutig wie nie zuvor auf die Unterstützung der afghanischen Regierung bei der Übernahme der Sicherheitsverantwortung festgelegt. Damit steht erstmals der zivile Wiederaufbau und die konsequente zivile Konfliktprävention im Mittelpunkt. Ich bin fest davon überzeugt: Afghanistan ist mit militärischen Mitteln nicht zu befrieden.

Ein sofortiger Komplettabzug hat aber

dennoch nie meine Unterstützung gefunden, weil sich so die kriegerischen Auseinandersetzungen nicht beenden lassen. Der jetzt eingeschlagene Weg trifft die von mir schon in den letzten Jahren vertretene Auffassung!

Das neue Afghanistanmandat ist auch ein Erfolg für die Politik der SPD. Wir erwarten, dass die Bundesregierung sich an ihre Zusagen hält und erkennen lässt, dass sie ihrer Rolle als einer der größten Geber ziviler Hilfe und bedeutender Truppensteller politisch gerecht wird. Auf internationaler Ebene muss alles getan werden, um den militärischen Einsatz zum Ende zu führen.

Herzliche Grüße

Bankenrettung 2.0

Koalition hat nichts gelernt

Der Bundestag hat heute auch über das zweite Gesetz zur Bankenrettung debattiert. Das Gesetz ist notwendig geworden, weil auf dem europäischen Gipfel Ende letzten Jahres beschlossen wurde, dass die Banken mehr Eigenkapital vorhalten müssen um künftigen Krisen besser widerstehen zu können. Gleichzeitig müssen die Staaten Vorsorge dafür treffen, dass keine Bank die Anforderungen nicht schafft und in die Pleite rutscht. Es ist richtig, dass die Banken krisenfester gemacht werden. Aber die Koalition hat aus den Erfahrungen der ersten Bankenrettung aus dem Jahr 2008 nichts gelernt.

Nach wie vor will sich der Bund nicht grundsätzlich mit Aktien an den Banken beteiligen, mit der Chance, bei ihrem Wiederverkauf Geld zu verdienen. Damit haben die USA gute Erfahrungen gemacht. Die Regierung konnte aber einen Tag vor der Debatte meine Fragen im Haushalts- und Finanzausschuss nicht beantworten.

In meiner Rede für die SPD im Plenum habe ich auf die Widersprüche und Schwachstellen des Gesetzes hingewiesen.

Die Rede gibt's [hier](#) zum Nachhören. Den Antrag der SPD [hier](#).